

Dr. Walter Post

Der Ukraine-Konflikt im Herbst 2026

Rußland sucht die Entscheidung auf dem Schlachtfeld

Das Treffen zwischen Präsident Putin und Präsident Trump in Anchorage in Alaska am 15. August 2025 wurde weltweit von Erwartung begleitet, daß es zu einer Entspannung im Verhältnis zwischen Washington und Moskau und einer Verhandlungslösung für den Ukraine-Konflikt führen würde. Diese Hoffnungen sollten sich aber nicht erfüllen.

Der genaue Inhalt der in Anchorage geführten Verhandlungen ist bis jetzt nicht bekannt geworden. Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat im September 2026 in einem Interview den Verlauf der Gespräche zumindest umrissen und gleichzeitig seine tiefe Enttäuschung über das Verhalten der amerikanischen Regierung zum Ausdruck gebracht. Die Vorschläge für eine Einigung kamen laut Lawrow von Trumps Sondergesandten Steve Witkoff, der Moskau wenige Tage vor dem Treffen in Anchorage besucht hatte.

Lawrow berichtete: „Der Kern dessen, was erörtert wurde, stützt sich ... auf die Position, die Präsident Trump unmittelbar nach seiner Rückkehr ins Oval Office zur Ukraine-Frage dargelegt hat. Erstens forderte er, man solle die Versuche vergessen, die Ukraine in die NATO hineinzuziehen. [...] Das zweite Element der Position der USA ist die Anerkennung der Realitäten 'vor Ort'. Dabei möchte ich besonders betonen, dass es nicht um Gebiete geht. [...] Wenn wir von Realitäten sprechen, dann sprechen wir von den Menschen, die unmittelbar nach dem Staatsstreich [in Kiew] im Februar 2014 als „Untermenschen“, „Kreaturen“ oder Terroristen bezeichnet wurden. Gegen sie wurden, nachdem sie die Ergebnisse des illegalen Umsturzes abgelehnt hatten, Armee, Kampfflugzeuge und Artillerie eingesetzt, [...] Und wie wollen die Europäer diese Menschen wieder unter die Herrschaft dieses Regimes zwingen, wenn sie die Wiederherstellung der Grenzen von 1991 fordern? Einfach, um das Gebiet den Nazis zu überlassen? Oder wollen sie diese Menschen dafür bestrafen, dass sie ihre Freiheit, ihre Kultur und ihre Zugehörigkeit zur Russischen Welt bewahren wollten? ... Ich möchte betonen, dass die Realitäten vor Ort, die US-Präsident Donald Trump und sein Team, soweit wir das beurteilen können, anerkannt haben und weiterhin anerkennen [...] Das gilt für die Krim, die Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie natürlich für Saporoschje und das Gebiet Cherson.“

Lawrow wurde gefragt, warum die russische Führung Präsident Trump vertraut und geglaubt habe, „eine Einigung mit den Amerikanern erzielt zu haben“, wo doch Trump „eine Absichtserklärung mit dem Iran unterzeichnet und diese nur wenige Stunden später gebrochen“ habe. Darauf entgegnete Lawrow:

„Das war nicht unser Vorschlag. Das war ein Vorschlag, den Herr Witkoff wenige Tage vor dem Treffen in Anchorage mitgebracht hatte. ... Präsident Putin ... hatte seine Zustimmung zunächst nicht erteilt, als ihm der Vorschlag in Moskau unterbreitet wurde. Doch als er nach Alaska kam, sagte er, er habe darüber nachgedacht und sei der Ansicht, Regelungen waren darin dargelegt ... Präsident Putin akzeptierte all diese Prinzipien ohne jegliche Änderung.“

Auf der Pressekonferenz der Präsidenten Putin und Trump in Anchorage, so Lawrow, seien Worte wie „brillantes Ergebnis“ und „Verständnis für die Vereinbarung“ gefallen. Präsident Trump habe die Ergebnisse von Anchorage als „glänzenden, riesigen Schritt nach vorn“ bezeichnet. Er fügte hinzu, „dass im Grunde nur noch eine einzige Frage zu klären und somit ein gewaltiger Durchbruch erzielt worden sei“.

Die europäischen Verbündeten der USA, so Lawrow, hätten auf dieses Ergebnis mit Entsetzen reagiert. Sie eilten sofort nach Washington und setzten alles daran, die US-Regierung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Auf dem G7-Gipfel in Évian im vergangenen Juni erklärte der französische Präsident Macron stolz, man habe Anchorage „begraben“. Amerika stehe von nun an wieder an der Seite Europas. Die Europäer machten sich gar nicht die Mühe, ihr Ziel zu verbergen, „zu verhindern, dass die Amerikaner an ihrem eigenen Vorschlag, den der russische Präsident Putin akzeptiert hatte, unverändert festhielten“.

Lawrow unterstrich, dass sich die Regierung Trump von den Europäern und dem übrigen Westen unterscheide, in dem sie die Realitäten „sowohl im Hinblick auf die legitimen Sicherheitsinteressen der Russischen Föderation ... als auch im Hinblick auf die Wünsche jener Menschen, die seit Jahrhunderten in diesen Gebieten der Ukraine leben“ grundsätzlich anerkenne. Auf der anderen Seite habe die Regierung Trump die unter Biden eingeführten Sanktionen verlängert und neue Sanktionen gegen die russischen Mineralölkonzerne Lukoil und Rosneft verhängt. Der amerikanische Finanzminister Bessent spreche offen davon, „dass die Sanktionen verschärft und die globalen Energiemärkte unter die Kontrolle der USA gebracht werden müssten“.

Im weiteren Verlauf des Interviews wies Lawrow darauf hin, dass der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz eine besonders feindselige Haltung an den Tag lege; so habe er öffentlich erklärt: „Ja, mir ist bewusst, dass sich die Lage unserer Bevölkerung erheblich verschlechtert, aber wir

sind dazu verpflichtet – wegen der Ukraine, wegen der europäischen Werte.“ An dieser Stelle machte Lawrow deutlich, dass die russische Führung die Entwicklung in Deutschland sehr genau verfolgt: „Und wie haben sie [die Bundesregierung] nun auf die Wahlergebnisse in Sachsen-Anhalt reagiert, wo die AfD einen überwältigenden Sieg errungen hat? Man versucht, ihr vorzuwerfen, sie würde den Nationalsozialismus wiederbeleben. Und das in einer Situation, in der diese Partei – die zweifellos nationalistisch ist, daran besteht kein Zweifel – sich schlicht für einen normalen Dialog mit allen Beteiligten einsetzt.“

Lawrow bezeichnete die Haltung der Europäer als schlichtweg schizophren:

„Einerseits heißt es, Russland verliere den Krieg – weshalb man die Ukraine massiv unterstützen und diese Hilfe ausweiten müsse, damit sie siegt –, und andererseits soll eben dieses in ihren Augen 'verlierende' Russland einen Angriff auf Europa planen. Aus der Sicht eines Politikers ist es unseriös, so einen Unsinn zu reden.“

Sollten die Europäer wirklich daran denken, einen Krieg mit Russland anzufangen, so fuhr Lawrow fort, „dann versichere ich Ihnen, dass der Krieg ganz anders verlaufen und sehr kurz sein wird.“

Auf die Frage, warum er glaube, dass „die deutsche Regierung sich zu einem neuen Krieg verschworen“ habe, entgegnete Lawrow, der deutsche Bundeskanzler Merz nutze jede Gelegenheit dazu aus, um „zu betonen, er sei nach wie vor, und zwar von Tag zu Tag mehr, davon überzeugt, dass Russland die größte Bedrohung für Europa darstelle und dass man zu auf einem Krieg gegen diese Bedrohung bereit sein müsse. Zudem müsse Deutschland ... wieder zur führenden Militärmacht auf dem Kontinent werden. Also genau so, wie sich Deutschland bereits vor dem Ersten und später vor dem Zweiten Weltkrieg als führende Militärmacht sah. Und das ist kein Freud'scher Versprecher. Das denken die tatsächlich, sie ehren weiterhin ihre Vorfahren, die dem Nationalsozialismus treu dienten ... Daher schließe ich nicht aus, dass Persönlichkeiten wie der deutsche Bundeskanzler Merz imstande wären, erneut zu versuchen, die 'Heldentaten' ihrer Vorfahren zu wiederholen.“

Als Lawrow auf die Möglichkeit eines Dreiergipfels zwischen Präsident Putin, US-Präsident Trump und Präsident Xi Jinping im kommenden November in China angesprochen wurde, entgegnete Lawrow, dass Putin eine solche Möglichkeit nicht ausschlagen werde.

Die letzte Frage betraf die vermutliche Dauer der „Besonderen Militärischen Operation“, die Lawrow mit folgenden Worten beantwortete:

„Der russische Präsident Putin ... sagte, Krieg sei kein dankbares Feld für Prognosen, aber die

Tatsache, dass wir uns bewegen und Tag für Tag vorankommen, ist unbestreitbar.“¹

Bei seiner diesjährigen Rede am 1. Oktober 2026 auf der Valdai-Konferenz schlug Präsident Wladimir Putin einen für seine Verhältnisse auffallend pessimistischen Ton an. Putin bezog sich dabei nicht auf die militärische Lage und die „Besondere Militärische Operation“, sondern vielmehr auf die Probleme, die der Übergang von einer unipolaren zu einer multipolaren Weltordnung mit sich bringe. Eines dieser Probleme sei die offene Mißachtung des geltenden Völkerrechts durch die amerikanische Regierung unter Trump. Ohne den Namen Trumps zu nennen führte Putin dazu aus:

„Die besorgniserregenden Tendenzen, die wir auf der internationalen Bühne beobachten, zwingen uns dazu, nicht in erster Linie darüber nachzudenken, wie wir das globale Miteinander in der kommenden Zeit vernünftiger, effizienter und gerechter gestalten können, ... sondern vielmehr darüber, wie wir den Weltfrieden und die Sicherheit genau jetzt, in einer Situation, in der viele bisherige Rechtsnormen über Bord geworfen wurden, aber noch keine neuen entstanden sind, bewahren können.“

Die bereits eingetretenen und die bevorstehenden Veränderungen hätten ein solches Ausmaß erreicht, dass die Debatten über die Zukunft „oft von einer ausgeprägten Sorge angesichts der Ungewissheit und Unvorhersehbarkeit geprägt sind.“ Leider sei „eine Fortsetzung internationaler Konflikte“ in den kommenden Jahren „sehr wahrscheinlich“.

Die russische Führung sei aber zuversichtlich, „dass sich die weltweite Lage in strategischer Perspektive mit der Abnahme der westlichen Hegemonie allmählich zum Besseren wenden und in eine stabilere, demokratischere und freiere multipolare internationale Ordnung“ münden werde.

Gleichzeitig werde aber auch „an einer so grundlegenden Struktur wie den Vereinten Nationen“, die gemäß ihrer Charta dazu berufen sei, in internationalen Fragen „als zentraler Koordinierungsmechanismus zu fungieren“, zunehmende Kritik geübt.

Das Kernproblem liege in der Tatsache, dass „die begrenzte Gruppe der Staaten des Westens“ danach strebe „Führungsfunktionen zu übernehmen“ und „einen unverhältnismäßig

¹ Die Übersetzung eines einstündigen Interviews des russischen Außenministers zu allen Fragen der Weltpolitik; Anti-Spiegel 17.09.2026

<https://anti-spiegel.ru/2026/die-uebersetzung-eines-einstuendigen-interviews-des-russischen-aussenministers-zu-allen-fragen-der-weltpolitik/>

Интервью Министра иностранных дел Российской Федерации С.В.Лаврова программе «Большая игра» на «Первом канале», Москва, 8 сентября 2026 года

https://www.mid.ru/ru/foreign_policy/news/2139514/

großen Einfluss“ auszuüben, obwohl sie weltweit nur eine „Minderheit“ repräsentieren:

„Und da der tatsächliche Einfluss dieser Staaten zugunsten der zunehmend eigenständigen und selbstbewussten weltweiten Mehrheit schwindet, treten die Ungleichgewichte in der Struktur der UN immer deutlicher zutage.“

Die Russische Föderation setze sich dafür ein, „dass die Struktur der UN die gesamte Vielfalt der Welt widerspiegelt und dass Länder aus Asien, Afrika, Lateinamerika und dem Nahen Osten eine wesentlich bedeutendere Rolle in der Organisation spielen.“

Viele der internationalen Organisationen stünden „unter dem übermäßigen Einfluss der westlichen Staaten“, denen es nur um den Erhalt „ihrer eigenen Macht“ gehe. Das Ergebnis sei eine zunehmende Disfunktionalität:

„Die Institutionen, die nach dem Zweiten Weltkrieg funktioniert haben, spiegeln die Lage im zweiten Viertel dieses Jahrhunderts nicht mehr wider.“

Die Krise der internationalen Institutionen und der Verfalls des Völkerrechts laden, so Putin, den Großmächten „eine enorme Verantwortung“ auf:

„Diese Staaten verfügen über ein Handlungspotenzial, das imstande ist, weltweite Trends entweder hin zu mehr Vorhersehbarkeit und Sicherheit zu lenken oder aber, im Gegenteil, zur Vertiefung, Verschärfung und Eskalation sämtlicher Probleme beizutragen.“

Die Voraussetzung für jeden Dialog, so fuhr Putin fort, sei die Achtung vor moralischen und ethischen Grenzen:

„Umgekehrt machen die systematische Missachtung von eingegangenen Verpflichtungen, also Täuschung, Kommunikation zu einer Farce, jedes inhaltliche Gespräch zu bloßer Propaganda, zur demonstrativen Verhöhnung und Verdrehung von Fakten zur Erlangung kurzfristiger Vorteile, was Grundlage des internationalen Zusammenlebens selbst zerstört. Eine solche ... Praxis der internationalen Beziehungen ist kurzsichtig und gefährlich.“

Putin spielt damit zweifellos auf die unberechenbare Politik von Präsident Donald Trump an, die manchmal Assoziationen an die Praktiken von New Yorker Mafia-Bossen hervorruft.

Die große Schwäche der amerikanischen Außenpolitik, so Putin, sei der Verzicht auf die herkömmliche Diplomatie:

„Die Weigerung, auf eine echte Diplomatie zu setzen, eine Diplomatie, die auf der Realität und der Berücksichtigung der Interessen aller Seiten beruht, treibt dazu an, die Lage anzuheizen, die Einsätze zu erhöhen ..., in der Hoffnung, dem Gegner unter Druck zu setzen, einzuschüchtern und in die Knie zu zwingen.“

Die Eskalation von Kampfhandlungen oder Sanktionen, so Putin, sei keineswegs eine neue Praxis, sie wurde bereits häufig angewandt und verlaufe niemals einseitig:

„Auf provokante Schritte der einen Seite folgt eine Antwort der anderen. Auf diese Weise dreht sich die Spirale immer weiter, und die zerstörerischen Folgen nehmen zu.“

Die Eskalation sei aber „ein Weg an den Rand des Abgrunds“, erst recht in einer Zeit, in der „die führenden Mächte der Welt Waffen haben, die alles Leben vernichten“ könnten.

Am Ende seiner Rede wandte sich Putin der Idee einer „Großen Eurasischen Partnerschaft“ zu, die angesichts „der zunehmenden weltweiten Instabilität“ für Russland von besonderer Bedeutung sei. Die eurasischen Staaten hätten die Aufgabe, ihren gemeinsamen riesigen Raum „vor globalen Risiken und destruktiven Prozessen“ möglichst zu schützen und die eurasische Zusammenarbeit sowohl auf technologischen wie sonstigen Gebieten auszubauen: „Der Wert Eurasiens liegt vor allem darin, dass der Raum weitgehend autark ist und alle anstehenden Probleme aus eigener Kraft lösen kann.“²

Damit gibt Putin zu verstehen, dass die Russische Föderation die Idee einer Detente mit „dem Westen“ praktisch aufgegeben hat und stattdessen eine langfristige Zusammenarbeit mit Eurasien und d.h. in erster Linie mit China, dem Iran und Indien anstrebt.

Im Sommer eröffnete die Ukraine eine großangelegte Drohnen-Offensive gegen Ziele tief im russischen Hinterland, die sich in erster Linie gegen russische Öltraffinerien und Militärstützpunkte, aber auch gegen zivile Lagerhäuser und rein zivile Ziele richtete. Mit ihren Angriffen gegen russische Öltraffinerien erzielten die Ukrainer einige optisch eindrucksvolle Erfolge, die tatsächlichen Zerstörungen blieben aber gering oder wurden von den Russen schnell repariert.

² Putin im O-Ton über die neue Weltordnung und den Konflikt mit dem Westen;

Anti-Spiegel 03.10.2026

<https://anti-spiegel.ru/2026/putin-im-o-ton-ueber-die-neue-weltordnung-und-den-konflikt-mit-dem-westen/>

Заседание дискуссионного клуба «Валдай»; Москва 1 октября 2026 года

<http://kremlin.ru/events/president/news/80910>

Gleichzeitig wurde die russische Luftabwehr reorganisiert und der Werkschutz der Öltraffinerien mit „Technicals“ ausgerüstet, kleine Pritschen-Lkws mit aufmontierten schweren oder überschweren Maschinengewehren, die sich bei der Bekämpfung von Drohnen als sehr wirkungsvoll erwiesen haben. Mittlerweile sollen weniger als zehn Prozent aller Drohnen noch durchkommen. Die Engpässe an russischen Tankstellen waren zeitlich und regional begrenzt und fielen mit der jährlich in der Ferienzeit erhöhten Nachfrage nach Benzin und Diesel in Russland zusammen.

Die von den Ukrainern bei dieser Offensive eingesetzten Langstrecken-Drohnen wurden überwiegend in Westeuropa produziert, die Zieldaten kamen von amerikanischen Spionage-Satelliten. Es handelte sich also um eine Operation der NATO, die wahrscheinlich bereits seit 2024 oder 2025 vorbereitet wurde.

Die NATO befindet sich damit also hart am Rande eines offenen Krieges mit der Russischen Föderation. Damit wächst auch der Druck aus der russischen Öffentlichkeit auf die oberste Führung, energische Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Ein offener Krieg könnte aber sehr schnell auf die nukleare Ebene eskalieren, was völlig unabsehbare Folgen haben könnte. Die oberste russische Führung entschied sich daher, Gegenschläge auf ukrainisches Territorium zu begrenzen und darauf zu setzen, dass sie den Krieg in der Ukraine ohnehin gewinnen wird.

Da die russische Rüstungsindustrie die Produktion von Raketen, Marschflugkörpern und Drohnen seit Jahren massiv ausgeweitet und große Vorräte geschaffen hat, fielen die russischen Gegenschläge gegen die Ukraine ungewöhnlich heftig aus. Sollte sie in diesem Maßstab bis in den Winter fortgesetzt werden, dann ist über kurz oder lang der wirtschaftliche und militärische Zusammenbruch der Ukraine zu erwarten.

Noch in Mitte September signalisierte der Kreml seine Bereitschaft, die Verhandlungen mit dem Westen wieder aufzunehmen. Putin hatte erklärt, dass trilaterale Gespräche mit den USA und der Ukraine vor den Wahlen zur russischen Staatsduma unwahrscheinlich seien, Russland aber bereit wäre, die Kontakte danach wieder aufzunehmen. Die Wahlen endeten am 20. September. Innerhalb einer Woche verwandelten sowohl Putin als auch Lawrow ihre anfängliche, an Bedingungen geknüpfte Offenheit in eine Haltung, die eine Verhandlungslösung für den Krieg erheblich erschwert.

Der Wendepunkt war die ukrainische Drohnenoffensive in den Tagen der Duma-Wahl. Putin berichtete, dass in der Nacht zum 20. September mehr als 1.600 Drohnen in den Raum Moskau eingedrungen seien und Wahllokale angegriffen hätten. Der weitausgrößte Teil dieser ukrainischen

Drohnen wurde von der russischen Luftabwehr abgeschossen, aber eine traf in einem Vorort eine als Wahllokal hergerichtete Schule, die praktisch zerstört wurde. Die Vorsitzende einer regionalen Wahlkommission kam ums Leben, als ihr Haus getroffen wurde. Moskaus Bürgermeister Sergei Sobjanin bezeichnete den Angriff als beispiellos. Laut RT wurde außerdem eine Ölraffinerie beschädigt. Unabhängig davon, wie man die russischen Angaben zu den Schäden bewertet, waren die politischen Auswirkungen in Moskau schwer zu übersehen.

Fünf Tage später, am 25. September, rückte Putin auf einer Pressekonferenz in St. Petersburg den gesamten Verhandlungsprozess in ein neues Licht. Er zählte eine Reihe ukrainischer Eskalationsschritte auf: den Angriff auf den Hafen von St. Petersburg während des Wirtschaftsforums im vergangenen Juni, eine Serie systematischer Angriffe gegen russische Ölraffinerien, den Versuch einer Blockade der russischen Schwarzmeerküste – durch den nach seinen Angaben mehr als 100 Schiffe beschädigt wurden – sowie Angriffe auf gewerbliche Lagerhäuser.

Russland habe auf jeden dieser Schritte reagiert, und zwar so wirkungsvoll, dass Kiew nun versuche, Waffenstillstände im Bereich des Energiesektors und des Luftraum zu erwirken. Putin betrachtete diese Bitten aber nicht als Gesprächsangebot, er sah darin vielmehr einen Beweis dafür, dass der russische Druck Wirkung zeigt. Seine Botschaft an Kiew lautete: Keine Provokation und keine Eskalation werde zum gewünschten Ziel führen; vielmehr verschlechtere die Ukraine dadurch nur ihre eigene Position.

Dann folgte die entscheidende Passage: Die russischen Vorschläge lägen zwar weiterhin auf dem Tisch, doch nach allem, was die Ukraine getan habe, werde Russland „genau abwägen“, wie es darauf reagieren solle. Jede Entscheidung – auch die darüber, ob die Verhandlungen wieder aufgenommen werden – wird sich an den Interessen Russlands orientieren.

Dies stellt eine deutliche Abkehr von der Haltung dar, die Moskau zehn Tagen vorher eingenommen hatte. Putin schloss zwar Gespräche nicht grundsätzlich aus, ließ jedoch die implizite Zusage fallen, diese nach den Duma-Wahlen wieder aufzunehmen, und er knüpfte eine Wiederaufnahme an die Einschätzung der russischen Führung hinsichtlich ihres möglichen Nutzens.

Lawrow hatte diesen Standpunkt bereits zwei Tage zuvor, am 23. September in New York vertreten. Während einer Sitzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zur Ukraine erklärte er:

„Aus bitterer Erfahrung gelernt, werden wir die Besondere militärische Operation für die Dauer von Verhandlungen in keinem Format unterbrechen.“

Er äußerte die Ansicht, die europäischen Staaten strebten eine Pause an, um Zeit zu gewinnen und die erschöpften Waffenbestände der Ukraine wieder aufzufüllen. Einen Waffenstillstand vor der Aufnahme von Gesprächen tat er als unseriös ab und betonte, das Ziel sei eine langfristige Regelung des Konflikts.

Am selben Tag hatten die Ukraine und 51 weitere Staaten eine Erklärung veröffentlicht, in der sie von Russland einen sofortigen und bedingungslosen Waffenstillstand als Voraussetzung für die Aufnahme von Gesprächen forderten. Zu den Unterzeichnern gehörten die EU und ihre Mitgliedstaaten sowie das Vereinigte Königreich, Kanada und Australien. Der ukrainische Außenminister Andrij Sybiha merkte an, dass 14 der 15 Mitglieder des UN-Sicherheitsrats Vorschläge für einen Waffenstillstand in der einen oder anderen Form unterstützt hätten.

Lawrow ging aber über die rein technischen Aspekte eines Waffenstillstands hinaus. Er erklärte, die Ukraine hätte ihre Grenzen von 1991 behalten, wenn sich die Europäer nicht auf ihre „Machenschaften“ eingelassen hätten. Damit wird der Verlust ukrainischen Territoriums als endgültig dargestellt und die Schuld den Europäern zugeschoben. Dies ist nicht die Sprache einer Regierung, die sich auf Verhandlungen über die Frontlinien vorbereitet.

In seiner Rede vor der UN-Generalversammlung am 26. September, drei Tage später, stilisierte Lawrow Europa zur zentralen Bedrohung. Er behauptete, die EU rüste für einen Krieg gegen Russland auf, und eine Aufrüstung in diesem Ausmaß könne letztlich zu einem Konflikt führen. Er deutete an, dass Deutschlands Streben nach militärischer Vormachtstellung als Versuch gewertet werden könne, ein „Viertes Reich“ zu errichten. Auf der anschließenden Pressekonferenz bezeichnete er die europäischen Kriegsvorbereitungen als möglicherweise „sich selbst erfüllende Prophezeiung“. Dies läuft praktisch darauf hinaus, dass Moskau Europa als Verhandlungspartner ausschließt. Lawrow signalisierte den Europäern, dass sie es seien, die einen Krieg vorbereiteten; ihre Forderungen nach einem Waffenstillstand seien lediglich ein Mittel zur Wiederbewaffnung der Ukraine, und sie hätten die Chance auf eine Einigung auf der Basis der ukrainischen Grenzen von 1991 selbst zunichtegemacht. Moskau betrachtet nunmehr nur noch die Vereinigten Staaten als ernstzunehmenden Gesprächspartner.

Nach einem Treffen mit Lawrow in New York erklärte der amerikanische Außenminister Marco Rubio, sowohl Russland als auch die Ukraine hätten Interesse an einem begrenzten Waffenstillstand bekundet, der die Energieinfrastruktur und den Getreidetransport umfassen solle; er räumte jedoch ein, dass eine Einigung sehr schwierig sei. Das russische Außenministerium ließ über eine Vereinbarung zwischen Washington und Moskau nichts verlauten, und Kremlsprecher Dmitri Peskow erklärte, es gebe derzeit keine Voraussetzungen für einen Friedensprozess,

wenngleich Russland weiterhin gesprächsbereit sei.

Putins eigene Einschätzung des Verhältnisses zu den USA fiel kühl aus. Er begrüßte zwar die Gespräche zwischen den Präsidenten Trump und Xi Jinping in Washington, merkte jedoch an, dass die wirtschaftlichen Beziehungen Russlands zu den USA auf nahezu null gesunken seien, was ganz im Gegensatz zu dem jährlichen Handelsvolumen von 240 Milliarden Dollar mit China stehe.

Der diplomatischen Verhärtung steht ein wachsender militärischer Druck auf die Ukraine an drei Fronten gegenüber. Moskau nutzt die Zeit, um die Kosten für die Ukraine zu erhöhen, sollte diese die Bedingungen Russlands weiterhin ablehnen.

Zur See hat Russland erneut eine De-facto-Blockade der ukrainischen Schwarzmeerhäfen verhängt. Anders als 2022 wurden keine Kriegsschiffe direkt vor die ukrainische Küste verlegt; stattdessen setzt Russland Raketen und Drohnen gegen Häfen und Handelsschiffe ein. Nach Angriffen Mitte Juli – darunter die Versenkung des Massengutfrachters „Golden Leo“ – zogen sich Reedereien und Versicherer zurück, woraufhin der Schiffsverkehr über Odessa, Tschornomorsk und Piwdennyj einbrach.

Am 12. September hatte Russland die Region Odessa mit Marschflugkörpern, ballistischen Raketen und 129 Drohnen angegriffen; dabei wurden nach russischen Angaben in Tschornomorsk zwei Frachtschiffe getroffen, die angeblich Waffen transportierten. Der ukrainische Außenminister warf Moskau vor, das Schwarze Meer in eine „zweite Straße von Hormus“ verwandeln zu wollen.

In der Luft hat Russland die Angriffe auf Kiew und andere Großstädte verstärkt und dabei gezielt Verkehrs-, Produktions-, Energie-, Wasser- und Kommunikationsinfrastruktur ins Visier genommen. Am 23. September – dem Tag, an dem Lawrow vor dem UN-Sicherheitsrat sprach – trafen stundenlange Drohnenangriffe auf Kiew Bahnanlagen, Lagerhäuser und Tankstellen. Selenskyj berichtete, Russland habe eine große Zahl von Drohnen eingesetzt, darunter auch schnelle Modelle mit Strahltriebwerk. Zudem wurden Strom-, Wasser- und Internetnetze getroffen, was zu teilweisen Ausfällen der Wasserversorgung in Kiew führte.

Bereits zuvor im September hatte Russland sechs Nächte in Folge Ziele in Kiew sowie in der Süd- und Ostukraine angegriffen. Angesichts des nahenden Winters entwickelt sich das Stromnetz zu einem eigenen Kriegsschauplatz.

An der Front führen die russische Streitkräfte Angriffe entlang der gesamten Kontaktlinie; Die russischen Truppen rücken vor, während die Ukrainer an Boden verlieren. Der ukrainische

Generalstab meldete für den 24. September 277 Gefechte – von den Abschnitten Slowjansk und Kramatorsk im Norden der Region Donezk bis nach Huljajpole im Süden, wobei die schwersten Angriffe im Raum Kostjantyniwka und Pokrowsk stattfanden. Russische Truppen nahmen am 14. September Schyroke und Schewtschenkowe in der Region Charkiw sowie Nowoandrijiwka in der Region Saporischschja ein; am darauffolgenden Tag fiel Olchowatka (Region Charkiw).

Zusammengefasst lassen die Äußerungen der vergangenen zehn Tage auf eine verschärfte russische Haltung schließen:

- Gespräche werden nur nach Moskaus Zeitplan und dessen Einschätzung der eigenen Interessen wieder aufgenommen.
- Keinerlei Waffenruhe während der Verhandlungen.
- Ukrainische Forderungen nach punktuellen Waffenruhen werden als Beleg für die Wirksamkeit des russischen Drucks gewertet.
- Europa wird als Aggressor dargestellt und als Verhandlungspartner ausgeschlossen.
- Der militärische Druck steigt an allen Frontabschnitten: eine faktische Blockade der ukrainischen Häfen, verstärkte Angriffe auf die Infrastruktur Kiews sowie Offensiven entlang der gesamten Frontlinie.

Die Stoßrichtung ist klar. Mitte September sprach Moskau noch darüber, „wann“ die Verhandlungen wieder aufgenommen würden. Bis zum 26. September verlagerte sich die Debatte darauf, „ob“ man überhaupt verhandeln wolle – und unter welchen Bedingungen.³

Westliche Beobachter und Analysten weisen ständig darauf hin, dass Russland während der „Besonderen Militärischen Operation“ nur langsam „Territorium erobert“ habe. Doch das geht an der Sache vorbei. Die Russische Armee geht langsam und bedächtig vor, aber dieser Konflikt ist ein „Abnutzungskrieg“, der sich nicht an territorialen Gewinnen misst, sondern an der Fähigkeit einer Seite, die Kriegsfähigkeit der Gegenseite zu vernichten. Wie Carl von Clausewitz schrieb, besteht eine erfolgversprechende Strategie darin, den Willen und die Fähigkeit des Gegners zum Kampf zu erschöpfen.

In einem Abnutzungskrieg beurteilt man die siegreiche Seite an der Anzahl der Männer, Waffen und Ausrüstungen, die sie auf der anderen Seite zerstört, insbesondere im Vergleich zu den relativ bescheidenen Verlusten auf der eigenen Seite. Mit anderen Worten: Das Ziel ist es, den Gegner zu

³ Moscow Closes the Door: How Putin and Lavrov Hardened Russia's Line on Ukraine in Ten Days
SONAR 21 Larry Johnson 28.09.2026
<https://sonar21.com/moscow-closes-the-door-how-putin-and-lavrov-hardened-russias-line-on-ukraine-in-ten-days/>

„demilitarisieren“, indem man seine Streitkräfte in weitaus größerer Zahl eliminiert, als man selbst verliert. Und unter diesem Aspekt ist die „Besondere Militärische Operation“ ein voller Erfolg.

Im bisherigen Verlauf des Konflikts hatte Russland im Hinblick auf die Opferzahlen durchweg einen „Vorteil“ von 7 : 1 oder sogar 10 : 1 gegenüber der Ukraine. Dieses Verhältnis spiegelt wider, was selbst westliche Beobachter als überwältigenden Vorteil bei der Feuerkraft der Artillerie bezeichnen, den Russland in den Kampf eingebracht hat. Wie die ukrainische Spenden-Plattform „United24“ im Jahr 2025 berichtete:

Russland produziert etwa 250.000 Artilleriegranaten pro Monat, also etwa 3 Millionen pro Jahr. Im Jahr 2024 feuerte Russland etwa 10.000 Granaten pro Tag ab, verglichen mit nur 2.000 pro Tag auf ukrainischer Seite.

Die unausgewogenen Verluststatistiken korrelieren auch, wenn es um den Austausch der sterblichen Überreste gefallener Soldaten geht. In den vergangenen Jahren lag das Verhältnis der zwischen den beiden Seiten ausgetauschten toten Ukrainer zu toten Russen bei 34 : 1 und zuletzt bei 36 : 1.

Vier Jahre Abnutzungskrieg haben zur fast vollständigen Vernichtung der ukrainischen Kampfkraft geführt. Während Kiew sich weigert, Opferzahlen bekannt zu geben, schätzen unabhängige Analysten, dass die Ukraine bis zu 3 Millionen Mann Verluste erlitten hat.

Das „Military Watch Magazine“ mit Sitz in Südkorea, erklärte im Jahr 2025, dass die Ukraine bereits 1,7 Millionen Soldaten verloren habe und die Verlustrate sich beschleunige:

„Die Informationen deuten darauf hin, dass 2022 118.500 Personen getötet oder vermisst wurden, 405.400 im Jahr 2023, 595.000 im Jahr 2024 und bisher 621.000 im Jahr 2025, was mit einer wachsenden Zahl von Beweisen übereinstimmt, die seit mehr als drei Jahren vorliegen und darauf hindeuten, dass die Abnutzungsraten enorm und unhaltbar geworden sind.“

Tatsächlich gab General Kyrylo Budanov, ehemaliger Chef des Militärnachrichtendienstes und derzeit Leiter des Büros des Präsidenten der Ukraine, im August 2026 zu, dass die Ukraine jeden Monat mindestens 30.000 Soldaten verliere:

„Wir können nicht weniger als 30.000 Menschen pro Monat mobilisieren. Das ist die Mindestanzahl, die nötig ist, um das aufrechtzuerhalten, was wir derzeit haben.“

2026 gab Russland die Leichen von 1.000 ukrainischen Soldaten zurück, und im Gegenzug übergab die Ukraine 35 gefallene russische Soldaten. Im Januar fand ein ähnlicher Austausch von

1.000 Ukrainern gegen 36 Russen statt.⁴

Derzeit werden die ukrainischen Gesamtverluste auf mehr als 2 Millionen Gefallene und 1,5 – 2 Millionen Invaliden geschätzt.⁵

Im Gegensatz dazu beziffert „Mediazona“, ein Dienst des russischen BBC-Büros in Großbritannien, die Anzahl der im Krieg gefallenen Russen auf 259.000. Diese verhältnismäßig niedrige Verlustrate zeigt, dass Putin es ernst meint, wenn er sagt, er wolle russisches Leben schonen.⁶

Die ukrainischen Verluste auf dem Schlachtfeld stehen einer drastischen Schrumpfung der ukrainischen Gesamtbevölkerung gegenüber. Vor Beginn des Krieges, 2021, wurde die Einwohnerzahl der Ukraine auf etwas über 40 Millionen geschätzt. Nach umfangreichen Migrationsbewegungen, die u.a. auf die schlechte wirtschaftliche Lage und die Eroberung des Donbass durch die Russen zurückzuführen sind, soll sie derzeit nur noch um die 20 Millionen betragen, wobei sich mindestens die Hälfte davon im Rentenalter befindet.

Nachdem die Rekrutierung von mehr oder weniger wehrdienstfähigen Männern immer schwieriger wird, wird derzeit in Kiew darüber diskutiert, auch eine allgemeine Wehrpflicht für Frauen einzuführen.

Inzwischen ist auch nicht mehr zu übersehen, dass der Krieg am Persischen Golf Rückwirkungen auf den Ukraine Konflikt hat. Die USA haben durch ihre umfangreichen Waffenlieferungen an die Ukraine ihre Bestände – insbesondere an Flugabwehrraketen-systemen vom Typ „Patriot“ - so weit abgebaut, dass nur noch absolute Minimalbestände vorhanden sind. Die USA müssen alle Patriot-Systeme und -Raketen für die Verteidigung Israels, der amerikanischen Stützpunkte am Golf und der Golfstaaten selbst bereit halten, außerdem muß noch eine Minimalreserve für einen evt. Krieg gegen China bereitgehalten werden.

All das bedeutet, dass für die Ukraine nichts mehr übrig ist. In der Folge ist die ukrainische Luftabwehr weitgehend ausgeschaltet, Russland besitzt über der Ukraine die uneingeschränkte Luftherrschaft, was wiederum verheerende Folgen für die ukrainischen Bodentruppen und die ukrainische Infrastruktur hat. Weiterhin ist es für die USA wegen der geringen Zahl ihrer Heerestruppen praktisch unmöglich, gleichzeitig Landkriege in Osteuropa und am Persischen Golf

⁴ Ukraine: This Is The End. EUROYANKEE 25.09.2026
<https://euroyankee.substack.com/p/ukraine-this-is-the-end>

⁵ Putin DEPLOYS 10,000 North Korean Troops, EU-Russia War INEVITABLE | Stanislav Krapivnik. Danny Haiphong 30.09.2026 <https://www.youtube.com/watch?v=h8v4w1y5Q0c>

⁶ Ukraine: This Is The End. EUROYANKEE 25.09.2026
<https://euroyankee.substack.com/p/ukraine-this-is-the-end>

zu führen. Und letztlich kann sich die Trump-Administration aufgrund ihrer mangelnden Professionalität und ihrer organisatorischen Schwächen intellektuell auch nur auf maximal einen Kriegsschauplatz konzentrieren.

Der Iran-Konflikt ist als eigenständiger Schauplatz des sich ständig ausweitenden „Dritten Weltkriegs“ zwischen Ost und West Teil der globalen Krise geworden. Die Strategie der Iranischen Führung, die Krise in der Straße von Hormus in die Länge zu ziehen, wird nun zunehmend Auswirkungen auf die Lösung der Konflikte an allen anderen Schauplätzen haben, da die Weltwirtschaft unter wachsenden Druck gerät – was dem Iran letztlich mehr Wirkungsmöglichkeiten verleiht als je zuvor. Die Houthis-Angriffe setzen Saudi-Arabien massiv zu und stellen seine Stabilität in Frage. Gleichzeitig weitet der Iran seine Blockadezone aus, um Schiffe weit entfernt von der Straße von Hormus ins Visier zu nehmen.

Mit Blick auf die anstehenden Zwischenwahlen (Midterms) in den USA Anfang November schwindet Trumps Geduld mit den verschiedenen Störfaktoren; zugleich sieht er in einer Lösung des Ukraine-Konflikts eine Möglichkeit, um seinen politischen Ambitionen kurz vor der Wahl neuen Auftrieb zu geben. Es ist daher zu erwarten, dass Trump noch mehr Druck auf Selenskyj ausüben wird, um ihn zu einem Nachgeben gegenüber Russland zu zwingen.

Gleichzeitig ist absehbar, dass Selenskyj standhaft bleiben und Zuflucht bei Europa suchen wird – was wiederum den Keil zwischen den in ihrer Bevölkerung an Rückhalt verlierenden politischen Eliten des „alten Europas“ und den USA weiter vertiefen wird.

So oder so kann Russland aus der bestehenden Situation Gewinn ziehen – während der Ukraine der bislang unerfreulichste Winter seit 2022 bevorsteht.⁷

Der russische Generalstab besitzt die Fähigkeit, seine militärischen Absichten und Ziele rigoros geheim zu halten. Und auch die oberste politische Führung ist, was ihre geopolitischen Ziele angeht wenig mitteilend. So ist jede Aussage über den weiteren Verlauf des Krieges mit einem gewissen Maß an Spekulation verbunden.

Verfolgt man die öffentlichen Diskussionen in Russland, so ist eines der Ziele zweifellos die Neugründung von Noworossija, von Neurussland, einem Gouvernement aus der Zeit der Kaiserin Katharina der Großen. Dazu gehören geographisch neben dem Donbass und den Oblasten Cherson und Saporoschje auch das Gebiet um Charkow sowie Odessa mit der dazugehörigen Schwarzmeerküste. In der verbleibenden Rumpfukraine wird Moskau mit an Sicherheit grenzender

⁷ Rift Turns to Fracture: Ukrainian Delegation Beats Town After Don's Diesel Decree
...Or How Diesel Don Dashed the Dnieper Dwarf's Dreams; Simplicius the Thinker 10.10.2026
<https://simplicius76.substack.com/p/rift-turns-to-fracture-ukrainian>

Wahrscheinlichkeit eine russlandfreundliche Regierung installieren. Was Galizien mit seiner Hauptstadt Lwow angeht, so hat Wladimir Putin wiederholt angedeutet, dass er sich eine Aufteilung dieses Gebiets zwischen Polen, Ungarn und Rumänien entlang der historischen Grenzen vorstellen könne.

Die NATO-Staaten werden eine solche Regelung natürlich nicht anerkennen, sondern die Bildung einer ukrainischen Exil-Regierung betreiben und einen Partisanenkrieg in der Rumpfukraine initiieren und unterstützen.

Dies sind aber langfristige Perspektiven. Kurz- und mittelfristig wird die Rumpfukraine in der einen oder anderen Form unter westlicher Kontrolle bleiben, und für diesen Fall betreibt die Russische Führung eine „Strategie der verbrannten Erde“. Dafür wird nicht nur die wehrfähige Bevölkerung dieses Gebiets durch den aktuellen Abnutzungskrieg dezimiert, sondern auch die industrielle Basis und die Infrastruktur durch den Luftkrieg so geschädigt, dass der Westen an seinem „Zugewinn“ wenig Freude haben wird. Oder anders gesagt, es steht in den Sternen, ob sich die Europäische Union eine völlig ruinierte Restukraine überhaupt leisten kann. Verschiedene Äußerungen von Wladimir Putin, Sergej Lawrow und anderen führenden russischen Politikern deuten darauf hin, dass sie der Europäischen Union ohnehin keine große Zukunft mehr geben.